

BRUNNEN

Werk für Buchdruck, Verlag, Kinder und Weißbinder

FRANKFURT, 10. März 1919

Abonnement 100,- Mark jährlich. Über
postamtliche Postsendungen 100,- Mark.
Werden in den Vertrieb übernommen.
Buchhandelsabrechnungen 25 Mark die Erteile.

33. Jahrg.

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

102

103

104

105

106

107

108

109

110

111

112

113

114

115

116

117

118

119

120

121

122

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

161

162

163

164

165

166

167

168

169

170

171

172

173

174

175

176

177

178

179

180

181

182

183

184

185

186

187

188

189

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

204

Kommen sein sich den Nebetterkontrolleur mit allem Nachdruck zu fordern! In diesem Sinne ist deshalb auch die Sozialpolitische Abteilung der Generalkommision bei den höheren Verwaltungsdorganen im Reich und bei den Bundesstaaten vorgegangen.

A. Schmitz.

Der Arbeitsmarkt im Dezember 1918.

Die dem Staliflischen Reichsamt zugegangenen Berichte lassen, wie das „Reichs-Arbeitsblatt“ schreibt, deutlich erkennen, daß die im November begonnene ungünstige wirtschaftliche Entwicklung im Dezember sich noch im verstärkten Maße fortgesetzt hat. Die Hauptindustriezweige zeigen sowohl dem Monat als auch dem Vorjahr gegenüber meist eine verstärkte rückwärtige Bewegung des Geschäftsganges. Die Arbeitslosigkeit hat sich weiterhin bedeutend gesleigert; aber sie hat ihren Grund nicht lediglich in dem Mangel an Arbeit, der vielfach durch die fehlenden Rohstoffe herverursaen worden ist, sondern beruhte zum großen Teil darauf, daß die Arbeiter sich weigerten, nach den dringenden Bedarfs abzuströmen, wie sich überhaupt eine gewisse Arbeitsunlust bemerkbar mache. So wurden Ende des Jahres 1918 in Berlin bereits weit über 100 000 Arbeitslose, in Köln 28 000, in Frankfurt a. M. 12 000 und in Wachen 10 000 gezählt. Als Hauptursache des mangelnden Angebots an Arbeitskräften wird vielfach der hohe Satz der Gewerkschaftsunterstützung angesehen, der geradezu produktionshemmend wirke; zudem hätten in verschiedenen Gegenden Deutschlands, zum Beispiel in Hamburg, die Arbeitslosen in stürmischen Demonstrationen weitere Erhöhungen der Unterstützungsrate verlangt, die wiederum erneute Lohnforderungen herorruhen müßten. Ferner wirkten die vielfachen Streikbewegungen sowie die allgemeine politische Erregung äußerst ungünstig auf den Arbeitsmarkt ein. So wird zum Beispiel aus Frankfurt a. M. berichtet, daß mancher Betrieb Arbeitslose aufnehmen könnte, wenn nicht der geforderte Lohn im umgekehrten Verhältnis zu der jetzigen Verdienstmöglichkeit stände. Aufgedessen sei auch die Unternehmungslust so gut wie gelähmt, obgleich in einzelnen Industriezweigen Aufträge in großem Maße vorliegen. So ergibt sich eine äußerst ungünstige Lage des Arbeitsmarktes, die durch zunehmende Kländigungen in den großen Werken eine weitere Verschärfung erfährt; es steht zu befürchten, daß die Arbeitslosigkeit vergrößert zunehmen wird, daß Abhilfemaßnahmen, wie zum Beispiel die in vollem Umfange vorbereiteten Rottandsarbeiten, kaum viel Flenderungen bringen werden. (Und scheint diese Beurteilung der Arbeitslosen nicht auf einwandfreien Ergebnissen zu beruhen. Gelernte Arbeiter aus Land oder im Bergbau zu verschicken, ist nicht so einfach wie es sich im grünen Lich vorgestellt wird. Die Med.)

Die Nachweisungen der Krankenlafasseien lassen für die am 1. Januar 1919 in Beschäftigung stehenden Mitglieder im Vergleich zum Anfang des Dezember 1918 eine Zunahme um insgesamt 172 645 oder 2,9 vom Hundert erkennen. An der Steigerung der Anzahl der Mitglieder ist das männliche Geschlecht mit 371 855 oder 12,3 vom Hundert beteiligt, während bei den Frauen und Mädchen eine Zunahme um 199 010 oder 6,6 vom Hundert festzustellen ist. Die nicht unbedeutliche Zunahme der männlichen Mitglieder ist neben der Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung vom 22. November 1918 auch daraus zu erklären, daß die Mehrzahl der Kriegsteilnehmer in den früheren Arbeitsstätten wieder eingestellt wurde, wozu sich die Arbeitgeber verpflichtet hatten, obgleich es infolge der mangelnden Rohstoffe zumeist an genügender Beschäftigung fehlte.

Nach den Feststellungen von 28 Fachverbänden, die für 1 800 620 Mitglieder berichteten, betrug die Arbeitslosenzahl Ende Dezember 86 081 oder 5,4 vom Hundert. Im November war von 31 Fachverbänden über eine Arbeitslosigkeit von 1,8 vom Hundert berichtet worden; die Arbeitslosigkeit ist also beträchtlich gestiegen. Im Dezember der drei vorhergehenden Jahre war sie wesentlich niedriger als im Berichtsmonat; sie betrug im Dezember 1915 2,6, 1916 1,8 und 1917 0,9 vom Hundert. Nur im Dezember 1914 hatte sie einen wesentlich höheren Stand als im Dezember 1918 erreicht (7,2 vom Hundert).

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt erkennen, daß im Berichtsmonat die Zahl der Arbeitsuchenden, bezogen auf die Zahl der offenen Stellen, sowohl beim männlichen als auch beim weiblichen Geschlecht gestiegen ist; im Dezember kamen auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 121 Arbeitsuchende, beim weiblichen Geschlecht 157 (gegen 74 beziehungsweise 101 im Vormonat). Im Vergleich zum entsprechenden Monat des Vorjahres ist die Zahl der Arbeitsuchenden auch beträchtlich gestiegen; im Dezember 1917 kamen auf 100 offene Stellen 54 männliche und 100 weibliche Arbeitsuchende; bei dem weiblichen Geschlecht handte somit das Ergebnis die Wochenzahlen

Die Anilin- und Farbenfabriken zeigen nach der Berichterstattung aus der Großindustrie eine sehr schwache Beschäftigung, die aber stellenweise durch das Freiliegen von Kohlöffsen infolge Einstellung von Kriegslieferungen etwas besser im Vergleich zum Vormonat und auch zum Vorjahr erscheint. Die Unternehmungen, die Resorzin und Azoärbstoffe herstellen, sind auch im Monat Dezember nur in sehr geringem Maße beschäftigt. Infolge Rohstoffmangels mußte ein großer Teil der Betriebe vollständig ruhen. Für die Betriebe zur Herstellung von Farben als Art, einschließlich der giftreichen Farben für die Lackindustrie, ist die Lage infolge der politischen Verhältnisse gegen den Vorvorort unverändert, vielleicht auch noch etwas ungünstiger. Da die Ausfuhr vollständig unterbunden ist, so ist ein erheblicher Rückgang des Geschäftsganges gegenüber dem Vorjahr zu erkennen; es finden auch hier Arbeitsverkürzungen infolge Rohstoffmangels statt. Nur von einer Seite wird eine rege Beschäftigung erwartet.

Zur Liefertafel kennzeichnen die Geschäftsberichte die nur mäßig und wesentlich ungünstiger im Vergleich zum Vorjahr und Vorjahr infolge der unsicherer politischen Lage sowie Nachfrageangst und der Verlehrshäufigkeiten. Es steht nun ein starkes Angebot von Arbeitskräften

fühlbar. Weitere Beschränkungen bei Arbeitsegett haben stattfinden müssen.

Vom Vaugewerbeverband wird für Brodhagen für die Beschäftigung als unzureichend und ungünstiger im Vergleich zum Vormonat angegeben. Die Mieteferungen sind beendet und die Leistungsaufträge zurückgezogen worden. Die Wiederbelebung der Handelszeit kostet auf erhebliche Schwierigkeiten wegen des Mangels an Rohstoffen und der Unmöglichkeit, bei der gegenwärtigen Höhe der Löhne und Rohstoffpreise die privaten Unternehmen zu Bauen zu veranlassen. Aus der Bruttowirtschaft wird vom Vaugewerbeverband berichtet, daß die Beschäftigung als genügend anzusehen ist, daß aber Rohstoffmangel sich noch stark fühlbar macht.

Wie die Zeitschrift "Der Baumaterialien-Markt" berichtet, ist gegenwärtig die Gestaltung des Baumarktes mehr als je abhängig von den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen. Diese werden beeinflußt einerseits von der Verbrauchsfrage, andererseits von der Arbeitsfrage. Beide lagen im Dezember sehr ungünstig. Es kommt hinzug, daß der Dezember an sich in jedem Jahre in der zweiten Hälfte eine natürliche Arbeitsunterbrechung darstellt. Weltgehend beeinflußt wird die Arbeitsaufnahme von der Rohstoffbeschaffung. Diese aber wird durch Kohlen- und Wagenmangel aufs äußerste erschwert. Das Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung hat Grundsätze über die Bewilligung von Zuschlüssen zu öffentlichen Notstandsarbeiten aufgestellt. Ferner teilt das Demobilisierungsamt mit, daß die Ziegeleien mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Baugewerbes in dem Maße mit Kohlen beliefert werden sollen, wie es die Verhältnisse nur irgend gestatten. Die behördliche Gewirtschaftung der Ziegel besteht noch weiter.

Nach dem Bericht der „Tonindustrie-Zeitung“ hat die Lage auf dem Baumarkt sich im Dezember wenig geändert. Die hohen Löhne, die kurze Arbeitszeit und die Leuerung in allen Baustoffen wirken lähmend auf die Produktivität ein und verhindern ihre regere Entwicklung. Noch immer ruhen daher mit geringen Ausnahmen die private sowie die öffentliche Bautätigkeit. Von der Ausführung neuer Industriebauten hört man gar nichts. In angefangenen Bauten wird weiter gearbeitet, jedoch machen sich teilweise auch hier die traurigen Verkehrverhältnisse, die durch die Blütersperre nahezu unhaltbar geworden sind, unliebsam bemerkbar, indem sie die regelmäßige Herbeschaffung von Baustoffen verhindern und dadurch unangenehme Störungen hervorrufen. Vom Staat und von den Gemeinden ist zwar vielerlei geplant, so hauptsächlich im Kleinstwohnungsbau, doch kommt der unsicheren politischen Lage wegen nur das Allernotigste zur Ausführung. Zum Frühjahr hofft man auf eine regere Bautätigkeit. Voraussetzung hierfür ist natürlich eine Klärung und Besserung der politischen Verhältnisse. In Grundsätzen ist noch immer einiger Absatz vorhanden. Hypothekengelder sind zur ersten Stelle und zu 6 vom Hundert erhaltlich.

181 Betriebsfrankenkassen des Baugewerbes hatten am Januar 1919 81542 männliche und 8120 weibliche Mitglieder, abzüglich der arbeitsunfähigen Franken. Im Vergleich mit dem Anfang des Vormonats ist eine Zunahme in 17,8 vom Hundert bei den männlichen und eine Abnahme um 17,8 vom Hundert bei den weiblichen Beschäftigten eingetreten.

Bei 85 Zinnungstrankenklassen der Bauberufe mit 3 247 männlichen und 910 weiblichen versicherungspflichtigen Mitgliedern, abzüglich der arbeitsunfähigen Kranken am 1. Januar 1919, war beim Anfang des Krieges

Im Monat Dezember wurden für das gesamte Landesmerke von der Vermittlungsstatistik erzeichnet:

	Arbeits- gesuche	Offene Stellen	Belegte Stellen
Davon entfallen auf:	42823	14918	8004
Saurer, Puher, Stuckateure	17661	7194	8481
immerer	5897	4027	1884
Taler, Anstreicher, Lackierer ..	13512	1698	1462
lasier	1194	244	197

Auf 100 offene Stellen kommen demnach Arbeitsgesuche:

	November 1918	Dezember 1918	Dezember 1917
Bon Maurern	58,68	245,49	88,57
" Zimmerern	38,91	146,48	24,06
" Gläsern	158,76	489,34	27,48
" Malern	272,56	795,75	121,48

Auf die einzelnen Landesteile verteilten sich für das
Malergewerbe das Angebot und die Nachfrage in den
Monaten Oktober, November und Dezember 1918 folgender-

	Oktober			November		
	Arbeit- suchende Stellen	Offene Stellen		Arbeit- suchende Stellen	Offene Stellen	Arbeit- suchende Stellen
Preußen	24	46		89	29	250
Westpreußen	8	23		41	17	115
Berlin u. Brandenb.	329	802		1160	265	5806
Sachsen-Anhalt	9	34		68	60	287
Mecklenburg-Schwerin	4	26		41	22	161
Sachsen	37	84		133	81	889
Württemberg	28	69		97	67	294
Schlesien	22	50		78	31	481
Hessen-Nassau	27	73		107	108	455
Niedersachsen	35	112		151	123	421
Bayern	84	72		286	79	780
Königreich Sachsen	106	184		770	208	2007
Baden	106	199		286	206	1145
Württemberg	74	158		293	109	1407
Bayern	71	115		182	71	—
Königreich Sachsen	66	88		248	127	622
Württemberg	13	30		69	31	102
Mecklenburg-Schwerin	2	25		14	1	62
Württemberg	19	20		68	11	367
Württemberg	6	8		66	63	130
Württemberg	5	11		26	23	132
Württemberg	11	20		26	13	89
Württemberg	9	27		98	42	367
Hamburg	249	183		—	—	—
Württemberg	7	16		—	—	—

Um Einsichten ins Maße Sicherheit über die Qualität der Arbeitsschritte nach dem Herstellen des "Plastins" für das geforderte $15 \text{ g} \times 1000 \text{ ml}$ zu gewinnen, kann man die Reaktionen, die bei Reaktionen geben noch nach der Viskoelastizität der Organe mit untersuchen. Unter den unterschiedlichen physikalischen Umständen kann die Viskoelastizität verschiedenartig bestimmt werden.

Monat	Nr. der Mitglieder im b. Berufs- standen und a. Wirtschafts- schlafte	Mitglieder im b. Berufs- standen am Schluß des letzten Monats des Jahres	Zahl der Mitglieder im b. Berufs- standen am Schluß des letzten Monats des Jahres		Mitglieder im b. Berufs- standen am Schluß des letzten Monats des Jahres	Mitglieder im b. Berufs- standen am Schluß des letzten Monats des Jahres	
			1916	1917			
Jänner	99	6682	266	102	17,54	7,08	0,74
Februar	99	6619	167	81	19,16	4,94	0,49
März	99	6686	55	15	5,29	1,52	0,79
April	94	7124	52	27	1,84	2,05	0,74
Mai	94	7280	81	28	2,26	2,07	0,44
Juni	99	7201	14	60	8,20	2,06	0,90
Juli	92	7189	21	20	2,81	2,14	0,59
August	99	7600	15	20	2,29	1,89	0,91
Septbr.	99	7478	11	27	1,80	0,81	0,15
Oktober	98	7218	83	89	8,86	1,59	0,47
November	91	10981	47	677	6,35	2,29	0,66
Dezember	90	15958	98	2901	7,97	8,80	1,98

Nachstehend geben wir auch das Ergebnis bekannt von unserer vierteljährlich vorgenommenen Zusammensetzung über die Zahl der überhaupt im Berufe tätigen Schriften seit dem zweiten Quartal 1915:

Zur Geltung des	der Be- richtszeit Sitzungen	Gesamtangehörige			Erwerbstätige		M
		Walter	Sadiette	Single	Überh.	t. %	
Quart. 1915	120	18487	5169	23606	1142	4,84	0,90
" 1915	110	11852	3960	15897	408	3,01	1,80
" 1915	122	12948	4968	17216	1489	9,58	7,97
" 1916	115	12087	3944	16981	544	3,40	1,82
" 1916	118	12438	4277	16710	502	3,—	2,08
" 1916	114	11121	4858	15479	175	1,18	0,81
" 1916	109	9046	4878	18418	569	4,94	3,89
" 1917	104	8519	4104	12628	182	1,06	0,79
" 1917	109	8185	4096	12281	48	0,85	0,90
" 1917	106	7779	4688	12412	84	0,27	0,16
" 1917	110	7886	5846	14590	268	1,80	1,06
" 1918	99	7884	5295	12669	98	0,77	0,42
" 1918	99	6996	5601	12597	118	0,90	0,58
" 1918	99	7482	6498	18930	52	0,87	0,29
" 1918	96	15576	7879	22948	8171	26,88	18,18

Folgende Filialen sandten die statistische Karte nicht be-
hungsweise nicht rechtzeitig ein: Bamberg, Bielefeld, Deggendorf,
Gießen, Guben, Hamm, Kaiserslautern, Abdingholz-
berg, Mainz, Nordhausen, Osnabrück, Posen, Neckinghausen,
Ostoc, Saarbrücken, Schweinfurt, Ulm, Wiesbaden und
Lüdinghausen.

Sozialaffidierung.

Sozialisierung heißt Vergesellschaftung. Was
gesellschaftet werden soll, sind die Produktions-
mittel, das heißt, jene Einrichtungen, Eigenschaften
und Kapitalien, deren der Mensch zur Arbeit, zur Waren-
und Gütererzeugung bedarf. Die Produktion von Nah-
rungsmitteln, die Beschaffung wichtiger Rohstoffe ist ge-
nügen an die Ausnutzung des Grund und Bodens. Eine
naturverträgliche Verarbeitung dieser Rohstoffe zu
Gegenständen des täglichen Bedarfs ist jetzt auf fast keinem
gebiete mehr möglich ohne komplizierte Maschinen und
große Fabrikshallen, die durch Dampf oder Elektrizität
betrieben werden. Jedes Unternehmen, das vorwärts
kommen will, braucht aber größere Anlagen und Betriebs-
mittel.

Wie heute die Dinge liegen, können nur wenige sich
hmen, selbst Besitzer solcher Produktionsmittel
sein. Die große Masse der Menschen ist deshalb an-
wiesen, weil ohne Produktionsmittel, ihre Arbeitskraft
nur zu verlaufen, der Besitzer der Fabriken, Bergwerke,
Handelsunternehmungen usw. ist. Sie bekommen dafür
ihren Lohn oder Gehalt; in dieser Arbeitsschädigung
er nur einen Teil von dem, was sie durch
ihre Arbeit an Werten erzeugen; der andere
Teil bleibt dem Unternehmer als Profit, Gewinn, Grund-
rente, Dividende usw., weil er das Vorrecht des Besitzes
hat. Diesem Zustand will der Sozialismus ein Ende
machen. Die Produktionsmittel sollen aus dem Privat-
eigentum einzelner in das Gemeineigentum aller übergeführt
werden. Der gesamte Ertrag soll dann der Allgemeinheit
zugehen kommen, ohne daß einzelne Bevorrachte einen
Überprofit einzuhämmern.

Die Vergesellschaftung kann nicht vor sich gehen, daß der Betrieb in das Eigentum derjenigen Arbeiter übergeht, die gerade in dem Betrieb tätig sind. Das würde zunächst schon eine starke Ungerechtigkeit bedeuten, eine völlig gerechtfertigte Bevorzugung derjenigen Arbeiter und gestellten, die zufällig in einem modern eingerichteten und gutgehenden Betriebe beschäftigt sind, und eine unverhältnismäßige Benachteiligung derjenigen, die in rückständigen Betrieben arbeiten. Es würde aber auch bei den neuen Bewohnern der Betriebe sehr leicht zu kapitalistischen Neigungen führen, zum Streben, sich am Profit zu bereichern, indem andere an den ihnen nun gehörenden Produktionsstätten gegen Lohn arbeiten lassen, und es würde weiter im Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Betrieben beleben. Die dadurch entstehende Regellosigkeit der Erzeugung mit ihren Folgen, als da sind: Überproduktion, Stockung der Arbeit und des Absatzes der Waren usw., sind alles Erscheinungen, die sicherlich nicht zweckmäßig sind. Diese können aber ausgeschaltet werden, wenn die Vergesellschaftung in der Weise vor sich geht, daß Gemeinden, Provinzen oder Staaten die zentralen Betriebe oder Industrien übernehmen. Welche jeweiligen Organisationen der Volksgesellschaft zuständig sind, wird sich nach dem Charakter der zu sozialisierenden Unternehmungen zu richten haben. Handelt es sich um Errichtungen, die nur einen lokalen Wirkungsbereich (wie Ver- und Abfuhrskräfte) oder Verfassungsabschirme

in mir die Gewissheit am zweckmäßigsten die Wege zu weichen.

Die Menschheit, das Land, das Volk, könnten durch den Frieden zwischen den Arbeitgeberkreisen der in dem sozialen Betriebes Tätigkeiten zusammen und dabei auch Frieden schaffen, das ein Teil des Wohlstands abgesetzt wird zur Versorgung der nicht arbeitsfähigen, zur Versorgung der Erwerbslosen für Gesundheitswesen, Wissenschaft, Unterhaltung usw. Sie können jedoch Menschenkampf politisch den einzelnen Unternehmungen und damit sehr viel Arbeitsverwendung und Arbeitsbeschaffung unterbinden. Sie können vor allen Dingen eine weitgehende Produktionsregelung herbeiführen, wenn sie stets den Bedarf an Gütern feststellen und dafür sorgen, daß mit so viel an Raum erzeugt wird, wie notwendig ist. Dazu kommt, daß bei einer solchen Begegnung auch die Möglichkeit besteht, solche Betriebe, die auf der Höhe stehen, zu schließen und dafür jene zu eröffnen, die besonders günstig gelegen und besonders geeignet sind. So wäre zum Beispiel denkbare, umweltverschädigten die geforderte Rolle am Orte auszuüben und dies an den Verbrauchsstellen. Welche Vorsprünge allein schon an Transportmitteln sind? Das bedeutet für die sozialistische Wirtschaft die Möglichkeit einer gewaltigen Produktionssteigerung bei gleichbleibender Menge der ausgewandten Arbeit. Die Tätigkeit des einzelnen wird bedeutend erweitert werden als heute, und es liegt die Möglichkeit vor, ohne Erhöhung der Arbeitszeit jedem eine rechte Versorgung zu gewähren, ja trotz dieser besseren Versorgung die Arbeitszeit immer mehr zu verkürzen, so daß der einzelne mehr Zeit zur Erholung, zur Fortbildung, zum Genuss von Kunst und Kultur erhält.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß es lächerlich ist, sozialisiert mit „Küstens“ zu vergleichen. Eine Aufzehrung der heutigen angehäuften Kapitalien und Besitztum wurde, sofern dies überhaupt möglich wäre, das Kapitalentum an den Produktionsmitteln ja gar nicht verringern, sondern nur die Zahl der Besitzer zu vermehren und an Stelle der großen Besitztümer eine Unmenge kleiner sezen, von denen jedes einzeln selbst wäre, konkurrenzfähig zu produzieren. Wenn die moderne Produktion nur möglich in großen Betrieben; der Sozialismus erstrebt die Zusammenfassung der Einzelkräfte in ein geschlossenes Ganges; das legitime sozialistische Ziel ist das Bestehe und ist unbewußt die Kämpferin des Sozialismus geworden.

Edel ist es auch zu glauben, der Sozialismus wolle im Menschen alles nehmen, was er heute sein eigen kennt. Nein, es handelt sich bei der Vergesellschaftung immer nur um die Kapitalwerte, die für die Produktion unentbehrlich sind, also um die sogenannten Produktionsmittel. Das, was jeder an Gebräuchen erwidert oder bestellt, soll ihm ungeahndet bleiben. Jeder wird auch in der sozialistischen Gemeinschaft das Recht auf ein eigenes Heim haben, das er sich einrichten kann, wie er will, ja, die Möglichkeiten, sich ein häuslichesheim zu schaffen, werden erst durch den Sozialismus geschaffen werden. Jeder wird sich Kleider und Schmucke, wie er will; jeder wird auch das Recht haben, sich mit Gleichgesinnten zusammenzutun, um irgendwelche Einrichtungen zu schaffen, die der religiösen oder künstlerischen Erbauung, der Vertretung irgendwelcher Ansichten durch Herausgabe von Zeitungen oder vergleichenden dienen. Nur wird das, was der einzelne bestellt oder mit seinem Besitztum unternimmt, nie dazu dienen dürfen, andere auszubauen, das heißt, aus der Arbeit anderer Gewinn zu ziehen.

Schließlich ist es auch ein Unsinn, wenn gegen den Sozialismus eingewandt wird, er laufe auf die Gleichmacher hin aus. Auch in der sozialistischen Gesellschaft wird es höher und weniger hoch gewertete Tätigkeiten und Stellungen geben. Der Befähigte wird die Möglichkeit eines besonderen Wirkungskreises, einer weit angenehmeren Stellung und einer besseren Lebensweise haben als der weniger Begabte und Träge. Beseitigt werden nur die klassischen Unterschiede in der Lebenshaltung, beseitigt wird die Klassenunterscheidung werden, die die einen zu Herren, die anderen zu Sklaven ihrer Produktionsmittel macht. Auch der in unannehbarer Stellung Beschäftigte wird das Bewußtsein haben, daß der gesamte Vertrag seiner Arbeit der Gesellschaft und durch sie auch ihm wieder zufliest, ohne daß ein Kapitalist sich daran bereichert. Er wird alle Tore offen finden, bei entsprechender Begabung in die höchsten Räume des Staates zu gelangen. In der sozialistischen Gesellschaft muß aber auch jeder arbeiten, ganz gleich, welcher Art die Arbeit ist. Jeder muß Mehrwerte für die Allgemeinheit und dadurch für sich selbst schaffen.

Auch in der sozialistischen Gesellschaft wird es nicht nur lauter Glückseligkeit und Zufriedenheit geben. Auch in ihr wird es nicht an Erfülltheiten und Räumen fehlen, und mancher wird sich zufrieden und nicht voll gewertet fühlen. Aber gewiß ist, daß die Möglichkeiten für jeden zu einer befriedigenden Existenz zu kommen, in ihr unvergleichlich viel größer sein werden als unter der Herrschaft des Privatkapitals.

Der Sozialismus ist nicht von heute auf morgen zu verwirklichen. Nur allmähdlich kann das Wirtschaftsleben sozialisiert werden. Die sozialistische Gemeinschaft, wie sie uns als Ideal vorstellt, liegt noch in weiter Ferne. Über die Möglichkeit ihrer schrittweisen Durchführung ist gegeben, seitdem durch die Revolution das Proletariat zur politischen Macht gelangt ist. Darum auch es Vorsorge jedes Volksgenossen sein, der Sozialisierung die Wege zu ebnen, damit die Menschheit in kürzester Zeit zum Idealstaat gelangt.

G. A.

Aus unserm Beruf.

Würzburg. Am 9. Februar tagte im Gewerkschaftshaus unter Jahres-Generalversammlung, die erste seit 5 Jahren, der unsere Mitglieder in ihrer größten Mehrzahl wieder beitreten konnten. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende, Kollege Kirch, die glücklich Zurückgekehrten mit von Herzen kommenden Worten. Unser dem Völkermorden zum Opfer gefallenen Kollegen widmete er Worte des Gedächtnisses, die die Versammlung stehend mit tiefer Ergriffenheit anhörte. Mit Grausen

denken wir an die Unbarmherzigkeit der verlorenen Gewalt, die gleichsam die Blutschalen aus dem Kader geöffnet und mit diesen Waffen blühende Menschenleben vernichtet haben, die den Blut fließen sollten, um das Blut zu bauen, die für ihre Angehörigen das notwendigste zum Lebenunterhalt schaffen sollten. 700 000 Frauen und Kinder sind in dieser vom Menschen heraufbeschworenen schrecklichen Zeit dem Hunger erlegen. Gelommen von Blut haben die Schlachtfelder getrunken. Auch wir haben unsere Kollegen dahingehen, erst in Massen, dann vereinzelt, den einen um den andern. Da nun kann man die Zeiten nicht richten! Eine jogt oft die andere. 67 Kollegen unserer Filiale leben nicht mehr wieder in unsere kleinen zurück. Sie sind dem Kriegswahn zum Opfer gefallen. 18 Kollegen sind vermisst, von denen wohl die wenigsten noch am Leben sind. 18 schmachten noch im Gefangenenschiff, von denen wir zur Stunde noch nicht wissen, wann für sie die Geldungsfründe schlagen wird. Doch sollen diese kreischen Opfer nicht umsonst gebraucht sein. Eine neue Zeit ist aus der blutgedämpften Seele auferstanden. Das Proletariat hat sein Schicksal jetzt in die Hand genommen. Jetzt gilt es, die Errungenchaften des Proletariats zu festigen und mit allen Mitteln auszubauen. Jeder einzelne muß sein ganzes Sein und können einschenken zur Stärkung der gewerkschaftlichen und politischen Organisation. Die Arbeiterspreche müssen in jede Arbeitserwohnung. Der Aussichtsbericht, aus dem hergeht, daß die Filiale unerschüttert, dank der Opferwilligkeit einiger weniger Kollegen, aus dieser schweren Zeit sich durchgerungen, wurde ohne Beanstandung entgegengenommen. Am Schluß des Jahres 1917 waren 887 Mitglieder vorhanden, 1918 wieder 888 und mit den noch beim Mitglied stehenden zum 800. Bei Kriegsausbruch hatten wir den gleichen Mitgliedsstand. Ein Unterstützungsbeitrag wurde im vergangenen Jahre ausgezahlt. 4 4682,90 Kronenunterstützung. A 800 Kronenunterstützung. Die Erhöhung des Leibzulages um 10 % wurde beschlossen. Nachdem noch die Kartellbelegschaft und die Bauarbeiterkundgebung berichtet hatten, wurde die Meinung der Verwaltung vorgenommen, die, mit Ausnahme des Vorsitzenden Kirsch, lautet neue und jüngere Kollegen mit der Wahrnehmung der Geschäfte betraute. Und so wollen wir denn eintreten in die neue Zeit und mit allen Kräften wirken für unsere Organisation. Wir Alten scheiden mit dem Bewußtsein, während der ganze Kriegsdauer unser ganzes können eingefestzt zu haben, damit unsere zurückkehrenden Kollegen einen festgefügten Gang und keinen Trümmerhaufen vorfinden, und das ist uns gelungen. Darum jetzt vorwärts den Blick! Jeder Kollege hinc in in die Organisation!

J. Riederer.
Schondorf. Am 12. Februar fand eine Betriebsversammlung der Eisenbahnhalle Gebr. Knoblauch in Schondorf statt. Die Kollegen waren alle vollzählig, bis auf einige erkrankte, erschienen. Nach dem einleitenden Bericht des Kollegen Babel aus Stuttgart, in dem er den Stand und die Bedeutung unseres Verbandes in keiner Weise darlegte, konnten sämtliche Anwesenden der Organisation ausführen werden, so daß von 80 dort beschäftigten Kollegen 28 organisiert sind. Dies ist ein erfreulicher Zeichen und ein Beweis, daß es die Kollegen erfaßt haben, daß es in unserer jungen Republik die Pflicht eines jeden Kollegen ist, sich restlos seiner Organisation anzuschließen. Wir wünschen der jungen Bahnhalle ein gutes Fortkommen. Glück und Gedeihen, damit die Kollegen bald in der Lage sind, die Früchte ihrer Organisation genießen zu können.

Beiz. In den ersten Wochen dieses Jahres haben hier bereits zwei gut besuchte Versammlungen stattgefunden. Am 15. Februar nahmen die Kollegen zu der am 17. Februar eintretenden Lohnregelung Stellung. Es wurde hierbei scharf gerügt, daß der Lohnausgleich, welcher durch die Einführung des Achtstundentages fällig geworden ist, verweigert wird. Die übrigen Baubetriebe am Orte haben diesen Ausgleich trotz der noch bestehenden Tarife bereits vom 1. Dezember vorigen Jahres restlos erhalten. Da nun an mehreren Orten unseres Bezirks die Nachzahlung verweigert worden ist, so dürfte wohl unsere Verbands- und Bezirksleitung hauptsächlich hieran schuld sein, weil sie die Erfüllung dieser Bedingung nicht rechtzeitig und unter allen Umständen gefordert hat. Als dann wurde noch die jetzige Schreibweise des "Vereins-Anzeiger" kritisiert. Von einigen Kollegen wurde an mehreren Artikeln des Verbandsorgans gezeigt, daß dasselbe seine Hauptaufgabe in der Bekämpfung der radikalen Strömung in der Arbeiterbewegung betrachte. Es sei tief bedauerlich, daß der "Vereins-Anzeiger" die Tendenz, welche wir uns während der vierzehnjährigen Kriegszeit bieten lassen mußten, auch jetzt noch beibehält. (Amm. d. Med.) Nachdem über 4 Jahre lang von Zeit nicht ein Bericht oder eine Beschwerde eingegangen, soll wohl mit den vorstehenden Zeilen Kundgetan werden, daß man jetzt auch wieder erwacht ist. Diese Neuverwaltung freut uns, wir muß auch künftig dafür gesorgt werden, daß das zu Berichtigende den Tatsachen entspricht. Lieber die Verhandlungen zur Einführung des Achtstundentages und zum Lohnausgleich, auch darüber, weshalb die Verhandlungen nicht früher getagt haben, ist an dieser Stelle eingehend berichtet worden. Wie trotzdem davon gesprochen werden kann, die Verbands- und Bezirksleitung waren die Hauptschuldigen, ist einfach unverständlich. Mögen nur die Kollegen selbst am Orte auf dem Posten stehen, die Kritik an der richtigen Stelle einsetzen, dann werden ihnen auch die Rechte, die ihnen tatsächlich zustehen, nicht vorerhalten werden. Wenn die betreffenden Kollegen, denen die Schreibweise des "Vereins-Anzeiger" nicht gefällt, Spartakusanhänger sind, so mög das zutreffen; denn die Hauptaufgabe unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit liegt im Aufbau, nicht im Zersetzen und Herunterziehen. Dagegen Stellung zu nehmen, halten wir uns für verpflichtet, und wir glauben, auch im Sinne der großen Mehrheit unserer Verbandskollegen gehandelt zu haben.

Aus Unternehmerekreisen.

Die Unternehmer wissen sich zu helfen. Ein privater Bürgerausschuß in Leipzig hat, wie der Korrespondent für Buchdrucker berichtet, einen feinen Plan ausgedacht,

auf Grund dessen die hohen Unterstützungssummen, die gegenwärtig für die Arbeitslosen aufgegeben werden, reduziert und gleichzeitig allerlei Arbeiten ausgeführt werden können, an deren Herstellung in Anbetracht der hohen Löhne nach Ansicht der Unternehmer zurzeit nicht gebraucht werden kann. Nach diesem Plan sollen den Unternehmern unter gewissen Voraussetzungen Lohnzuschüsse für solche Arbeitnehmer gewährt werden, die sie an einem bestimmten Stichtag beschäftigen und die sonst der Arbeitslosenunterstützung andemfallen. Auf diese Weise würde die Unterstützung verbilligt, und der Arbeitgeber hätte für die in Betracht kommenden Leute nur einen Teil — die Hälfte oder ein Drittel — der Löhne zu zahlen. Wirtschaftliche Werte könnten dadurch geschaffen und das schwere Lebel der Arbeitslosigkeit mit seinen seelischen Schäden gemildert werden. Die derart umgewandelte Arbeitslosenunterstützung ist auf eine Frist von etwa 8 bis 8 Wochen gedacht. Der an sich gut ausgestaltete Plan bereift zweifellos, doch noch Arbeitsgelegenheit, wenn auch nicht in ausgedehntem Maße, vorhanden ist sowie daß die Arbeitgeber nicht gewillt sind, ausnahmsweise einmal mit etwas geringerem Profit vorliebzunehmen; sie möchten vielmehr aus der enormen Arbeitslosigkeit noch Kapital schlagen, indem sie ganz besonders billige Arbeitkräfte verlangen.

Baugewerbliches.

Verwendung von Erfasstoffen für Siegel. Der Staatskommissar für das Wohnungswesen hat den Verwaltungsbehörden im Hinblick auf die bestehende Siegelnot die Förderung des Verbrauchs von Erfasstoffen nahegelegt. Es kann nach Lage der Verhältnisse nicht damit gerechnet werden, daß die Siegelnot in absehbarer Zeit wird behoben werden können. Die Aussichten hierfür sind lebt, nachdem die Kohlennot und die Verkehrsnotwendigkeiten durch die Abgabe der Eisenbahnwagen gesteigert sind, noch schlechter geworden. In absehbarer Zeit ist überhaupt nicht mit einer auch nur eingeschränkt bestredigenden Lösung der Siegelfrage zu rechnen. Die Herstellung von Wohnhäusern aus Erfasstoffen (Zement mit Vermiculinen, Lehm, Holz usw.) ist anerkanntermaßen unrentabel und unwirtschaftlich. Wollte man aber mit dem Bau von Wohnungen so lange warten, bis genügend Siegel für sie vorhanden sind, so ließe das in vielen Fällen den Bau von Wohnungen bis zu einem ungewissen Zeitpunkt verzögern. Es soll deshalb die Verwendung von Erfasstoffen für Siegel durch die neuen Bezirkswohnungskommissionen gefordert werden. Ganz besonders gilt dies für ländliche Bauten. Für diese kommen namentlich die verschiedenen Behörden a. a. Erfas in Frage.

Gewerkschaftliches.

Der Deutsche Eisenbahnerverband hat noch fortgesetzt eine Annahme von Mitgliedern zu verzeichnen. Die Auflage des Verbandsorgans "Deutscher Eisenbahner" beträgt 180 000. Große Mengen an Agitationsmaterial, Mitgliedsbüchern und sonstigen Materialien, die zur Ausstattung der örtlichen Filialen gehören, gelangen täglich zur Verwendung. Es herrscht regste Tätigkeit. In allen größeren Filialen, die eine Mitgliederzahl von 3000 erreicht haben, werden Beamte angestellt — bereits eine erhebliche Zahl. Eine Anzahl Bezirksleiter im Reich unterstützen die Verbandsleitung. Im Mai wird in Jenau die erste Generalversammlung stattfinden. Sehr schnell haben sich die Eisenbahner den Blick unter den freien Gewerkschaften erobert, auf die ihrer Wichtigkeit und Zahl nach hingehören, jedoch soll hierbei nicht verkannt werden, daß noch eine riesige Aufklärungsarbeit notwendig ist, um die Eisenbahner zu überzeugen. Viele fünfzig in der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu machen. Hierbei glaubt die Verbandsleitung auf die Unterstützung aller einsichtigen Gewerkschafter rechnen zu dürfen; denn es ist selbstverständlich, daß eine rasch aufblühende Organisation wie der Deutsche Eisenbahnerverband eine solche von allen Seiten bedarf.

Der Rat des Bauarbeiterverbandes nahm Stellung zur Lage des Verbandes und zum Abschluß der baugewerblichen Tarifverträge am 31. März dieses Jahres. Der Verbandsvorsitzende Baeplow berichtete über den Stand des Verbandes. Dieser ist insofern ungünstig, als die Mitgliederzahl aus der Zeit vor dem Kriege noch lange nicht wieder erreicht ist, obwohl während des Krieges über 85 000 Neuaufnahmen gemacht worden sind. Zurückzuführen ist dies auf die durch den Krieg eingetretene Verluste. Nahezu 20 000 Mitglieder im Kriege gefallen. Die Zahl der Kriegsverletzten, die im Baugewerbe viel schwerer als in anderen Industrien unterzuordnen sind, ist außerordentlich groß. Auch infolge der Gebietsverluste in Ost und West sind dem Verband zahlreiche Mitglieder verloren gegangen. Schließlich sind während des Krieges viele Mitglieder aus dem Baugewerbe und damit auch aus der Organisation verschwunden. Ein Teil der Mitglieder befindet sich noch freiwillig im Heeresdienst oder in Gefangenschaft, ein anderer Teil ist zwar schon aus dem Heeresdienst zurück, hat sich aber beim Verband noch nicht angemeldet. Alles das hat dazu geführt, daß die Mitgliederzahl des Verbandes mit etwa 165 000 zurzeit nur etwa halb so groß ist wie vor dem Kriege. Leider ist in nächster Zeit auf keine gute Bauaktivität zu hoffen, weil überall Mangel an Baustoffen herrscht, so daß vorläufig an die Steigerung der Mitgliederzahl auf die alte Höhe nicht zu denken ist. Die Zahl der Arbeitslosen, die während des Krieges zuletzt ganz unbedeutend war, ist gewaltig gestiegen und noch von Woche zu Woche im Wachsen. Sie ging Ende Januar bereits über 20 000 hinaus.

Bei der Behandlung dieses Punktes ging die Konferenz auch auf die durch die Revolution geschaffene Lage der Gewerkschaften ein. Einmütig wurden die Gewerkschaften von allen Rednern auch in Zukunft für dringend notwendig erklärt. Möchten immerhin einzelne Aufgaben, die die Gewerkschaften bisher zu erfüllen hatten, in Zukunft von der Gesetzgebung oder auf andern Wege erledigt werden: für die Gewerkschaften blieben trotzdem noch Aufgaben genug und zahlreiche neue fämen hinzuge. Die Bauarbeiter

